

EIN AUFBRUCH IM GLAUBEN

Stephan Kohn kritisierte als zuständiger Beamter die fehlende Gefahreinschätzung der Corona-Massnahmen. Er verlor vor Gericht seine finanzielle und berufliche Zukunft. Der Glaube trägt ihn.

Jörg Swoboda & Raphael Berger

Am 27. Mai 2024 wurde Stephan Kohn die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts übermittelt, dass seine Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision verworfen wurde. Zuvor entschied das Berliner Oberverwaltungsgericht in zweiter Instanz im Sinne der Klage seines Dienstherrn und verurteilte ihn. Das Beamtenverhältnis wird aufgelöst, Kohn aus dem Dienst «entfernt», sobald das Urteil rechtskräftig wird. Er verliert nicht nur seine Stelle, sondern auch seine Beamtenpension, seine wirtschaftliche Existenz. Sein Vergehen? Kohn hätte Anordnungen seiner Vorgesetzten nicht befolgt und eine respektlose Analyse verfasst, in der er das Vorgehen der Bundesregierung in der Corona-Krise infrage gestellt habe, so der Richter. Dadurch sei dem Bundesinnenministerium (BMI) ein Imageschaden entstanden. Seine dienstlich verfasste Analyse war von Dritten in die Öffentlichkeit gebracht worden. Die Bundesregierung sah sich im Mai 2020 zu einer Stellungnahme veranlasst, die, wie sich in dem Gerichtsverfahren erwiesen hatte, hauptsächlich von Unwahrheiten, Verdrehungen und weggelassenen Fakten geprägt war: Kohns Analyse war z. B. nicht eine private, sondern eine dienstliche Arbeit, der fachliche Inhalt der Analyse lag durchaus in seiner Zuständigkeit und Kohn verwendete auch nicht den offiziellen Briefkopf des Ministeriums, sondern schrieb seine E-Mail formgerecht als Referat des Ministeriums, für das er die stellvertretende Leitung wahrnahm.

Stephan Kohn steht für viele Menschen, die es in der Corona-Zeit wagten, die von der Politik als alternativlos deklarierten Massnahmen kritisch zu hinterfragen und auf deren mögliche Kollateralschäden hinzuweisen. Was die Angelegenheit brisant macht, ist, dass Kohn nicht als Bürger eine Privatmeinung äusserte, sondern als Fachbeamter im Verwaltungsapparat der Bundesregierung, der für die Bewertung der Lage in einer Pandemie zuständig war. Er trug die verfügbaren Informationen zusammen und analysierte das reale Krisenmanagement aus dem Inneren der Behörde heraus. Das war sein Aufgabengebiet.

Doch der Reihe nach. Kohn war seit Februar 2000 Referent im Innenministerium, seit 2006 Regierungsrat und verbeamtet, später beförderte man ihn zum Oberregierungsrat. Laut dienstlicher Beurteilungen übertraf er die an ihn gestellten



Anforderungen. Seit August 2013 arbeitete er in der Abteilung KM (Krisenmanagement und Bevölkerungsschutz) und war innerhalb dieser Abteilung für den «Schutz kritischer Infrastrukturen» zuständig. Dazu gehören zum Beispiel «die Stromversorgung, die Trinkwasserversorgung und das Internet. Ferner zählen auch die Gesundheitsdienstleistungen, die von Apotheken, Krankenhäusern, Arztpraxen und verschiedenen heilenden Berufen erbracht werden, dazu.» Das erklärte Stephan Kohn anlässlich eines Interviews mit Jörg Swoboda auf dem Marktplatz in Golßen auf einer Veranstaltung mit Peter Hahne, welche von der Deutschen Gemeinde-Mission organisiert wurde.

In der Abteilung KM arbeitete er nach Ausbruch der sogenannten Corona-Pandemie seit März 2020 an einer Gefahrenanalyse. Grundlage war die Aufgabe seines Referates, in einer Pandemie Informationen zur Einschätzung der Gesamtsituation zuzuliefern. Kohn erkannte rasch, «dass eine systematische Einschätzung des Schadpotentials des Virus und der Verhältnismässigkeit (der Corona-Massnahmen wie Lockdown, Schulschliessungen, Kontakteinschränkungen, Verbot von Veranstaltungen wie Gottesdiensten, etc., Anm. d. Red.) von niemandem im Krisenstab gemacht wurde, obwohl das in jeder Krise zwingend erforderlich ist und sonst auch immer gemacht wird. Nur hier wurde das vernachlässigt. Es wurden Massnahmen in Gang gesetzt, deren schädigende Wirkung nicht ins Verhältnis gesetzt und die nicht auf Angemessenheit überprüft wurden», so Kohn. Nach seiner fachlichen Einschätzung bestand die Gefahr, dass Teile der Kritischen Infrastrukturen zusammenbrechen, und «dass mit den (Corona-)Massnahmen nicht wie rechtlich vorgesehen die Interessen unserer Bevölkerung geschützt werden, sondern dass dem Land und unseren Bürgern ein nicht zu rechtfertigender existenzieller Schaden zugefügt wird».

Dass er mit seiner Analyse schon wenige Wochen nach Beginn der Pandemie den Nagel auf den Kopf getroffen hatte, bestätigten spätestens die vom Online-Magazin Multipolar freigelegten Protokolle des Corona-Krisenstabs des Robert Koch-Instituts (RKI). Sie zeigen, dass die Politik von Beginn der Corona-Krise an ihre Entscheide nicht auf evidenzbasierte medizinische Grundlagen stützte (s. a. «Diese Woche soll hochskaliert werden», *factum* 03/24, S. 10). Nun ist Politik natürlich mehr, als rein evidenzbasierte Entscheidungen zu treffen. Politik bedeutet, unter Gesamtabwägung einer Situation Beschlüsse zu fassen. Die Bundeskanzlerin behauptete 2020, dass alle Entscheidungen auf wissenschaftlicher Grundlage getroffen würden. Doch fehlt diesen eine evidenzbasierte Grundlage, sind sie Ausdruck von Willkür. Die RKI-

Protokolle zeigen, dass es im Jahr 2020 keinen sachlich nachvollziehbaren Anlass gab, von einer gefährlichen Pandemie auszugehen; die in der Politik Verantwortlichen wussten das.

Ende April 2020 schickte Kohn seine umfangreiche Analyse seinem Minister und Anfang Mai dem zuständigen Abteilungsleiter. Kohn wurde hingehalten, es wurde ihm aber nie grundsätzlich untersagt, weiter an dem Thema zu arbeiten. Im Prozess sagte Kohn aus, dass er jedes Mal, wenn sich eine Mitteilung seines direkten Vorgesetzten auch nur ansatzweise so verstehen liess, dass er die Arbeit an der Analyse einstellen sollte, er das Gespräch gesucht habe und daraufhin die Fortführung seiner Analysetätigkeit geduldet worden sei. Als Kohn am 8. Mai 2020 vorübergehend die Gesamtverantwortung für sein Referat wahrzunehmen hatte und weil er «Gefahr im Verzug» durch das Andauern und Verschärfen der Massnahmen erkannte, schrieb er erneut seinen Abteilungsleiter an und mailte kurz darauf die Langfassung seiner Analyseergebnisse an den Krisenstab. Diese E-Mail gab er dann auch seinen üblichen dienstlichen Kommunikationspartnern in der Bundes- und in den Landesverwaltungen zur Kenntnis.

Das Innenministerium reagierte umgehend mit seiner Beurlaubung und sprach ein Hausverbot und eine Untersagung der Amtsgeschäfte gegen Kohn aus. «Ich musste direkt nach Hause gehen und meine Arbeitsunterlagen abgeben», sagte Kohn. «Von unbekanntem Dritten wurde meine Arbeit an die Presseöffentlichkeit gegeben.» Tatsächlich wurde Kohn in dem gesamten Disziplinarverfahren nie vorgeworfen, seine Analyse selbst veröffentlicht zu haben. Das Magazin Tichys Einblick berichtete im Mai 2020 ausführlich über den Vorgang und veröffentlichte schliesslich das gesamte Papier.

Kohn wies im Interview mit Jörg Swoboda darauf hin, dass die Richtigkeit seiner Analysen bis heute nicht geprüft worden

“

Es wurden Massnahmen in Gang gesetzt, deren schädigende Wirkung nicht ins Verhältnis gesetzt und die nicht auf Angemessenheit überprüft wurden.

sei. «Man hat sich in diesem Gerichtsverfahren nicht mit den Befunden meiner Analyse auseinandergesetzt.» Stattdessen habe man sich nur mit einigen Überschriften und der Zusammenfassung seiner Ausarbeitung oberflächlich beschäftigt und die Tatsache einer Gefahr-im-Verzug-Situation ungeprüft und ohne sachliche Begründung abgelehnt. Nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch ist jemand, der eine bestehende Gefahr erkennt, im Rahmen seiner Möglichkeiten zur Abwehr beziehungsweise zur Meldung verpflichtet. Das nicht zu tun, wird als unterlassene Hilfeleistung bestraft. Dienstrechtlich ist ein Beamter verpflichtet, alle relevanten Erkenntnisse mitzuteilen. Die Bundesregierung hatte sich bei ihren Corona-Massnahmen auf die Abwehr einer «Gefahr im Verzug» berufen und schärfste Massnahmen bis hin zum Aussetzen verfassungs-

rechtlich garantierter Grundrechte beschlossen. Kohns Analyse wies nach, dass die von der Regierung zur Begründung ihres Vorgehens behauptete Gefahr im Verzug im Hinblick auf eine gefährliche Pandemie nicht bestand. Er sah seinerseits Gefahr im Verzug durch die Schäden, die der Bevölkerung und dem Land mit den langanhaltenden und überbordenden Massnahmen drohten.

Wie geht es Stephan Kohn heute? Was macht diese belastende Situation mit ihm? Wie geht er um mit der Ungewissheit über seine berufliche und finanzielle Zukunft? Was gibt ihm Halt und was trägt ihn? Darüber sprach Jörg Swoboda mit Stephan Kohn.

factum: *Stephan, kommt ein ruhiger und gewissenhafter Beamter wie du plötzlich in solche Turbulenzen, wühlt das unheimlich auf und hat auch Konsequenzen für das familiäre Zusammenleben. Wie steht ihr diese Zeit durch?*

Stephan Kohn: Einerseits stellte das, was wir alle erleben und erdulden mussten, eine entsetzliche Belastung dar. Jeder, der die Massnahmen in dieser Krise gesehen und sie nicht verstanden hat, kennt das. Darüber hinaus in seiner wirtschaftlichen Existenz unmittelbar bedroht zu sein, ist nicht angenehm. Da muss man schon starke Nerven haben, man muss Ideale und ein ethisches System für sich haben. Und natürlich muss man in der Familie und in den persönlichen Beziehungen Rückhalt haben. Meine Familie steht mir zur Seite.

factum: *Vor dieser beruflichen Krise hattest du mit Glauben und Gott nichts am Hut. Das ist heute anders ...*

Kohn: Ich habe mich schon vor Corona mit Recht und Gerechtigkeit befasst, zum Beispiel bei der Aufdeckung und Aufarbeitung eines grossen Missbrauchsskandals in der evangelischen Nordkirche. Ich interessierte mich immer für gesellschaftliche Vorgänge und Strukturen und engagierte mich unter anderem für Verbesserungen in parteipolitischen Strukturen und Prozessen.

In der Corona-Krise sah ich in allen möglichen gesellschaftlichen Bereichen und Politikfeldern, wie traurig es um Recht und Gerechtigkeit steht. Das war ernüchternd, aber ich bin schliesslich auf eine neue Hoffnung gestossen. Die Hoffnung auf eine gerechte Welt, die nichts mit dieser jetzigen Welt zu tun hat. Ich habe die Bibel und den christlichen Glauben kennengelernt durch persönliche Begegnungen in der Krisenzeit. Ich traf Menschen, die ihre Hoffnung an mich weitergaben.

factum: *Wie sah das konkret aus?*

Kohn: Es fing damit an, dass sich mein bisheriger innerer Widerstand gegen die Bibel auflöste. Plötzlich war er weg – auch

meine jahrzehntelange vehemente Ablehnung des Glaubens. Dadurch bekam ich gewissermassen freie Sicht auf die verheissungsvolle Botschaft, dass das Chaos in dieser Welt nicht unsere letzte Etappe ist, sondern dass es einen guten Plan Gottes gibt für die Welt und für die Menschen, die an ihn glauben. Gott wird Gerechtigkeit herstellen. Das hat mir eine Perspektive auf das Hier und Jetzt gegeben und auch auf die ferne Zukunft.

factum: *Nun könnte einer sagen, dass da jemand einfach seelisch ins Schwimmen und in eine emotionale Krise gekommen sei und aus Opportunismus nach Gott wie nach einem Rettungsring gegriffen habe. Was würdest du dem antworten?*

Kohn: Zu echtem Glauben gehört das Eingeständnis meiner Abhängigkeit von Gott, meiner Sünde und Schuld. Das passt nicht zu Opportunismus. Opportunistisch wäre gewesen, wenn ich mich auf das teuflische Angebot eingelassen hätte, meine Analyseergebnisse öffentlich zurückzunehmen, mich als psychisch krank bezeichnen zu lassen und fortan auf degradiertem Posten, aber weiterhin als Lebenszeitbeamter, Dienst nach Vorschrift zu machen. Das kam für mich nicht infrage, das habe ich abgelehnt. Zum Glauben zu kommen war für mich auch mit der Erkenntnis verbunden, dass sich die Menschen nicht selbst retten können. Das hat für mich eine

besondere Bedeutung. Als ich meine Analyse innerhalb von sechs Wochen geschrieben hatte, wusste ich, was von der «Pandemie» zu halten war. Seitdem habe ich für mich das Weltgeschehen unter einer neuen Fragestellung recherchiert und analysiert.



Ich habe die Bibel und den christlichen Glauben kennengelernt durch persönliche Begegnungen in der Krisenzeit.

factum: *Wie lautet diese Fragestellung, und was hast du herausgefunden?*

Kohn: Ich beschäftigte mich mit der Frage: Wenn es keine Pandemie war, was war es dann? – Dieses Recherchieren war gar nicht so schwer, das kann im Grunde jeder herausfinden, der im Internet unterwegs ist. Noch. Das Ergebnis ist leider so unerfreulich, dass ich auch einfach einräumen musste, dass das, was ich bei diesen Recherchen zu sehen bekommen habe, nicht den Eindruck macht, als könnte das irgendein Mensch, und sei es ein besonders begabter Politiker, wieder herrichten. Da muss ein anderer ran. Dazu brauchen wir Gott. Das wurde mir deutlich.

factum: *Beinhaltet das Ganze demnach noch eine geistliche Komponente?*

Kohn: Ja, mir wurde klar: Jeder Mensch wird sterben, auch ohne Corona und ohne globale Krisen. Spätestens dann stellt sich die Frage: Hat mein Leben einen Sinn und was passiert



Mit dem Ordnungssystem der Bibel kann eine Gesellschaft gut funktionieren.

und Werbung, für die Tageschau oder was auch immer, wenn das den beabsichtigten Zweck nicht erfüllen würde.

mit mir nach dem Tod? Gott wird uns vor dem leiblichen Tod nicht bewahren, ganz bestimmt aber vor dem ewigen Tod, wenn wir zu ihm gehören. Wichtig ist die Erkenntnis, dass wir als Menschen unfähig sind zum Guten und dass wir der Rettung durch einen liebenden und gerechten Gott bedürfen. Gott ist uns entgegengekommen durch Jesus, seinen Sohn, und hat sich uns in der Bibel offenbart. Man kann alles Wesentliche nachlesen. Das durfte ich erkennen.

factum: Was für gesellschaftliche Aspekte entdeckst du in der Bibel?

Kohn: Ich lese gerne in der Bibel. Ich erlebe, dass in der Bibel ein Rezeptkasten für das menschliche Zusammenleben entfaltet wird, der genau so beschaffen ist, wie es meine wissenschaftlichen und politikpraktischen Erfahrungen nahelegen. Ich finde alles wieder, zum Beispiel diese wunderbare Trennung zwischen den Sphären der Familie, der Gemeinde und dem Staat. Jeder hat seine Zuständigkeit und niemand sollte dem anderen hineinreden. Das halte ich für sehr wichtig.

In der Bibel wird auch nicht eine Weltregierung propagiert, da ist nicht die Rede davon, dass die WHO für alle Staaten verbindliche Entscheidungen treffen sollte. Nach dem Turmbau zu Babel hat Gott die verschiedenen Sprachen geschaffen, damit es keine Einheitlichkeit auf der Welt gibt und damit auch nicht eine einheitliche Herrschaft ausgeübt wird. Das scheint mir jetzt so plausibel. Die Menschen sollen sich selbst organisieren, bei sich bleiben und nur dort, wo es nötig ist, und ohne auf die eigene Souveränität zu verzichten, Kooperationen eingehen. Das Konzept einer Weltregierung wird in der Bibel insbesondere in ihrem letzten Buch, der Offenbarung, beschrieben, und zwar als die totalitäre Weltherrschaft des Teufels am Ende unserer Zeit.

factum: Was bedeutet das für Christen?

Kohn: Die Bibel sagt uns klar: Lasst euch nicht täuschen, nicht verführen, hinterfragt alles, prüft genau. Es wird versucht werden, euch zu täuschen und zu verführen. Schau dir mal die Medien an, die Konzerne oder auch die Nichtregierungsorganisationen. Vieles ist von Spezialisten für Public Relations (PR) erstellt worden. Was aber ist PR? Ganz einfach: Manipulation und Propaganda. Bis 1945 hat man das auch so genannt, dann hat man denselben Sachverhalt in den harmloser erscheinenden Begriff Public Relations umetikettiert. Heute kann man PR studieren. Das ist einer der weltweit grössten Geschäftszweige, viel Geld wird damit verdient. Warum wohl? Weil Marketing und Werbung den Zweck und den Effekt haben, Menschen dazu zu bringen, anders zu denken, zu handeln und zu fühlen, als sie es sonst tun würden und es vernünftig wäre. Niemand würde diese Unsummen an Geld ausgeben für Marketing

factum: Das klingt recht ernüchternd ...

Kohn: Wir glauben, wir hätten uns eigenständig eine Meinung gebildet, wir gehen davon aus, dass wir unsere Interessen kennen und vertreten, zum Beispiel in politischen Wahlen. Wir sind aber umgeben von Lug und Trug, von Täuschung und Manipulation. Wir halten etwas für grösstenteils wahr und relevant, was sich oft als absichtsvoll konstruierte Wirklichkeitswahrnehmung erweist. Das fängt bei der Geschichtsschreibung an, betrifft den von uns präferierten Lebensstil und macht selbst vor naturwissenschaftlichen Wissensständen nicht halt. Es führt zu dem Aberglauben verängstigter Menschen, sie müssten aufgrund eines angeblich selbstverursachten katastrophalen Klimawandels sich selbst schädigen und der letzte Ausweg bestünde in einer bedingungslosen Unterwerfung unter eine diktatorische Weltregierung mit dem Fernziel eines mithilfe von künstlicher Intelligenz optimierten Menschen und schliesslich einer Existenz in digitalen Scheinwelten.

factum: Was können wir Christen dem entgegenhalten?

Kohn: Wir sollten aufmerksam sein, denn wir wissen, dass der Teufel der Vater aller Lüge ist und dass er das clever anstellt. Die Bibel sagt, dass er versuchen wird, uns zu täuschen und wir deshalb alles prüfen sollen. Und das ist möglich. Das heisst, wenn man sich verschiedene Positionen zu gesellschaftlichen und weltpolitischen Entwicklungen ansieht, die im Moment noch zugänglich sind, und sie miteinander vergleicht, und wenn man keine Angst hat, sich mit verschiedenen Richtungen auseinanderzusetzen, dann kann man meiner Meinung nach in dieser Welt verborgen gehaltene Realitäten erkennen.

Ausserdem bin ich überzeugt: Mit dem Ordnungssystem der Bibel kann eine Gesellschaft gut funktionieren. Denke nur an die Zehn Gebote. Welche Probleme würde es noch geben, wenn wir sie alle einhielten?

factum: Wie geht es nun für dich weiter?

Kohn: Im April 2023 habe ich mich taufen lassen. Die jetzige Situation, egal, wie es auch weitergehen mag, ist also kein Endpunkt, sondern ein Aufbruch auf dem Weg im Glauben. Darauf freue ich mich.

factum: Stephan, herzlichen Dank für dieses spannende Gespräch. Wir wünschen dir Gottes Segen und viel Kraft auf deinem weiteren Weg. 

Interview: Jörg Swoboda